



## Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	14.08.2017

### TOP 22. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Fragen zur „Gartenstadt“:

a) Herr Jentsch spricht an, dass eine Einwohnerbefragung wegen der „Gartenstadt“ aus mangelndem öffentlichem Interesse abgelehnt worden sei. Er fragt RV Hahnen, auf welcher Grundlage der Beschluss entstanden sei. RV Hahnen antwortet, dass darüber im Verwaltungsausschuss diskutiert worden sei. Mehrheitlich sei man der Meinung gewesen, dass man bei vielen anderen Projekten eine Einwohnerbefragung durchführen müsse, wenn eine solche wegen der Gartenstadt beschlossen werde.

b) Herr Jentsch fragt 1. stellv. BM Padberg, ob er Näheres zu dem Gutachten sagen könne, das die FDP hinsichtlich der Gartenstadt angeregt habe. 1. stellv. BM Padberg antwortet, dass es um den Durchführungsvertrag gehe, der zwischen der Stadt Norderney und dem Betreiber geschlossen werden solle. Der Entwurf zu diesem Vertrag solle von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht überprüft werden, um Rechtsfehler zu verhindern. Dies sei keine Kritik an AV Reising.

c) Herr Jentsch fragt, wer die Kosten dafür trage. BM Ulrichs antwortet, dass in diesem Fall die Kosten der Vorhabenträger zu tragen habe. Auf Vorschlag der FDP-Fraktion werde der Durchführungsvertrag einem externen Fachanwalt vorgelegt. Allerdings sei der Vertrag sehr speziell und kein Rechtsanwalt könne Garantien für die Zukunft abgeben. Zurzeit bemühe sich die Verwaltung um einen entsprechenden Fachanwalt.

d) Frau Judel fragt, wie weit hinsichtlich der Gartenstadt schon etwas beschlossen sei. Viele Sitzungen fänden nichtöffentlich statt. BM Ulrichs antwortet, dass es keine weitergehenden Beschlüsse gebe. Die Politik beschäftige sich zurzeit inhaltlich mit dem Durchführungsvertrag.

e) Frau Judel erkundigt sich, inwieweit Grund und Boden schon als Bauland ausgewiesen seien. BM Ulrichs antwortet, dass die Ausweisung als Bauland im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages bzw. eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolge. Im Augenblick sei das Grundstück noch kein Bauland.

f) Frau Judel fragt, ob die Öffentlichkeit darüber informiert werde, wenn weitergehende Beschlüsse gefasst würden. BM Ulrichs weist darauf hin, dass im Rahmen der Bauleitplanung eine komplexe Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen sei, zu der auch Informationsveranstaltungen gehörten.

sonstige Fragen:

g) Herr Jürgen Voigt stellt sich als Rechtsanwalt aus Dortmund vor. Im Rahmen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit regt er an, dass die Polizei auf der Insel nur mit dem

Auto durch die Fußgängerzone und am Strand fahre, wenn es wirklich erforderlich sei. BG Stange nimmt als Leiter der örtlichen Polizeistation die Anregung zur Kenntnis. Er bleibe mit Herrn Voigt in Kontakt.

h) Herr Luttmann schlägt vor, dass generell auf Norderney öfter eine Fuß- bzw. Fahrradstreife von der Polizei eingesetzt werden solle. BG Stange nimmt auch diesen Vorschlag zur Kenntnis.